



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 06.05.2022 bis 13.05.2022

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Ägypten: Weiteres zum Mord an jungen Kopten	4
Algerien: Christen erhalten reduzierte Strafe für "unerlaubten Gottesdienst"	5
Deutschland: Antisemitismus unter Muslimen stärker verbreitet als im Schnitt	6
Deutschland: Berufungsverfahren eröffnet: Was Pastor Latzel vor Gericht sagte	7
Deutschland: Berufungsverfahren gegen Olaf Latzel beginnt	8
Deutschland: Prof. Cullen: Transhumanismus ist „zutiefst antichristlich“	9
Deutschland: Weniger Hasskriminalität gegen Christen und Muslime	10
Deutschland: Zahl der orthodoxen Christen gestiegen	11
Hongkong: Neunzig Jahre alter Kardinal verhaftet	12
Hongkong: Wegen Volksverhetzung angeklagter Pastor wird Kautions wiederholt verweigert	13
Iran: Christliche Konvertiten nach Razzien verhaftet	14
Iran: Pastor zu zehn Jahren Haft verurteilt	15
Kuba: Explosion trifft auch Baptistenkirche	16
Laos: Onkel weigert sich, für drei christliche Waisenkinder zu sorgen	17
Moldawien: Unter ukrainischen Flüchtlingen	18
Myanmar: Tatmadaw startet weiteren Angriff auf historisches christliches Dorf	19
Nigeria – USA: Zwei Chibok-Mädchen schließen ihr Studium mit einem Master ab	20
Nigeria: Acht Tote bei erneutem Angriff militanter Islamisten auf Dorf im Bundesstaat Borno	22
Nigeria: Christ seit Anfang März in Geiselhaft	23
Nigeria: Katholischer Priester entführt	24
Pakistan: Zwei Brüdern von der christlichen Minderheit droht die Todesstrafe	25
Russland: Strafverfolgung wegen Kritik am Ukrainekrieg	26
Sri Lanka: "Ein schwarzer Tag in der Geschichte des Landes"	28
Sudan: Christliches Paar nach Konversion zum Christentum wegen "Ehebruchs" angeklagt	29
Syrien: Menschenrechtler warnen vor weiterer Islamisierung	30
Ukraine: Bitte um Einheit zwischen russischen und ukrainischen Christen	31
Ukraine: Deutsche protestantische Minderheit vertrieben	32
USA: Brandanschlag auf Lebensrechtsorganisation	33
Usbekistan: Religionsgemeinschaften müssen Überwachungskameras selbst bezahlen	34
Vietnam: Lebensschutz - Schwangerschaft ein Geschenk Gottes	35

Ägypten: Weiteres zum Mord an jungen Kopten

VoMAustralia/ICC/IIRF-D – Letzte Woche drangen vier maskierte Männer in ein Geschäft ein und schossen auf einen jungen Kopten der ägyptischen Stadt Dabaa im Gouvernement Matrouh ([wir berichteten](#)).

Das Opfer, Rani Raafat, war auf der Stelle tot, nachdem er 22 Mal angeschossen worden war. Die vier Angreifer zündeten Raafats Auto an, bevor sie flüchteten. Ägyptische Medien berichteten, dass Raafats Kollege, Sherif Rashad, eine Schussverletzung erlitten hat und zur Behandlung nach Alexandria gebracht wurde.

Der Vater des Opfers, Raafat Nour, sagte den Medien, dass sein Sohn an diesem Tag einen Anruf erhalten habe, dass er den Laden wegen einer Warenlieferung früher öffnen müsse. "Später erhielt ich einen Anruf über den Tod meines Sohnes", sagte er. "Als ich in den Laden kam, fand ich ihn tot auf dem Boden liegend, überwältigt von seinem eigenen Blut."

Der junge Christ arbeitete in der Veterinärmedizin und hatte keine bekannten Feinde. Seine Verwandten vermuten, dass der Angriff religiös motiviert war, da Raafat bereits bei einem früheren Vorfall im Dezember letzten Jahres mit einer Schrotflinte verprügelt worden war.

Raafats Vater schloss seine Erklärung gegenüber der Presse mit den Worten: "Ich möchte nur die Täter festnehmen und zur Rechenschaft ziehen und das Recht meines Sohnes durch die Justiz einfordern." Zurzeit ist die Identität der vier maskierten Angreifer noch unbekannt.

Quellen: International Christian Concern, Voice of the Martyrs Australia

<https://vom.com.au/young-coptic-man-shot-by-masked-men/>

Übersetzt und bearbeitet von IIRF-D

Algerien: Christen erhalten reduzierte Strafe für "unerlaubten Gottesdienst"

International Christian Concern - Eine Gruppe von 11 algerischen Christen, die ursprünglich Ende 2021 verhaftet worden war, erhielt am 28. April eine reduzierte Strafe wegen "unerlaubten Gottesdienstes". Die 11 Algerier sowie ein französischer Gastredner hatten sich am 4. Dezember in Tizi-Ouzou zu einer Veranstaltung versammelt.

Die Polizei stürmte die Versammlung und verhaftete alle wegen unerlaubter nicht-muslimischer Religionsausübung, einschließlich des Christen, dem der gemietete Raum gehörte. Ein Richter verurteilte die Gruppe zu einer sechsmonatigen Bewährungsstrafe und einer Geldstrafe von 200.000 Dinar (etwa 1440 USD). Der französische Staatsangehörige zahlte die Geldstrafe und verließ anschließend sofort das Land. Die übrigen Christen legten am 14. April vor Gericht Berufung ein und erhielten am 28. April ein Urteil, in dem die Geldstrafe auf 100.000 Dinar reduziert, die Bewährungsstrafe jedoch beibehalten wurde.

Ein anderer algerischer Christ in Ain El Hamam wurde zweimal freigesprochen, zuletzt am 24. März. Die Behörden hatten den Pastor im Januar wegen unerlaubten Gottesdienstes in seinem Haus und unerlaubter Verbreitung von Nachrichten in sozialen Netzwerken angeklagt. Obwohl er beides seit vielen Jahren getan hatte, sah er sich plötzlich wegen seiner evangelistischen Bemühungen verfolgt. Der Christ wurde freigesprochen und, nachdem die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt hatte, im März erneut freigesprochen.

Die algerischen Behörden schränken die Möglichkeiten der Christen, im Land Gottesdienst zu feiern, stark ein, schließen Kirchen und verhaften Christen, die ihren Glauben ausleben.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Deutschland: Antisemitismus unter Muslimen stärker verbreitet als im Schnitt

Das geht aus einer repräsentativen Befragung in Deutschland hervor

Berlin/Allensbach (IDEA) – Antisemitismus ist in Deutschland unter Muslimen deutlich stärker verbreitet als im Bevölkerungsdurchschnitt. Das geht aus einer repräsentativen Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag des American Jewish Committee (AJC) Berlin hervor. Demnach teilen knapp 22 Prozent der Bevölkerung in Deutschland antisemitische Einstellungen. Unter den muslimischen Befragten sind es fast 46 Prozent. So ist über die Hälfte der Muslime (54 Prozent) der Ansicht, dass Juden ihren Status als Opfer des Völkermords im Zweiten Weltkrieg zu ihrem eigenen Vorteil ausnutzen. In der Bevölkerung insgesamt sehen dies 34 Prozent so. Jeder zweite Muslim (49 Prozent) teilt die Meinung, dass Juden zu viel Macht in der Wirtschaft und im Finanzwesen haben. Im Schnitt der Bevölkerung sagen das 23 Prozent. Ein Drittel der Muslime (33 Prozent) ist überzeugt, dass Juden für viele Wirtschaftskrisen verantwortlich sind. Aus der Umfrage geht ferner hervor, dass diejenigen Muslime, die häufig die Moschee besuchen, öfter antisemitischen Vorurteilen zustimmen als solche, die gelegentlich, selten oder nie den Gottesdienst besuchen. Der Direktor des AJC Berlin, Remko Leemhuis, erklärte dazu: „Die vorliegenden Zahlen bestätigen bedauerlicherweise, was wir bereits seit langer Zeit befürchtet hatten.“ Antisemitische Einstellungen seien unter Muslimen besonders verbreitet. Allerdings belege die Studie, dass Antisemitismus in der ganzen Gesellschaft ein Problem sei. Sie ergab ferner, dass bei allen abgefragten antisemitischen Aussagen die Zustimmungswerte unter AfD-Wählern am höchsten und unter denen von Bündnis 90/Die Grünen am niedrigsten sind. So meinen 48 Prozent der AfD-Anhänger, dass Juden den Holocaust zu ihrem eigenen Vorteil ausnutzen. Bei den FDP-Wählern teilen 40 Prozent diese Ansicht. Dahinter folgen die von SPD und Linkspartei ([je 37](#) Prozent), CDU/CSU (32 Prozent) und Grünen (24 Prozent). Für die Untersuchung befragte das Allensbach-Institut im Dezember 2021 und Januar 2022 fast 1.600 deutschsprachige Erwachsene, darunter etwa 560 Muslime.

Deutschland: Berufungsverfahren eröffnet: Was Pastor Latzel vor Gericht sagte

Das Verfahren findet vor dem Landgericht Bremen statt

Bremen (IDEA) – Vor dem Landgericht Bremen hat am 9. Mai das Berufungsverfahren wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung gegen den Pastor der Bremer St.-Martini-Gemeinde, Olaf Latzel, begonnen. Das Gericht hat dafür vier Verhandlungstage angesetzt. Das Amtsgericht Bremen hatte Latzel am 25. November 2020 wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 8.100 Euro (90 Tagessätze) verurteilt. Das Urteil ist nicht rechtskräftig, da Latzel und sein Anwalt Sascha Böttner (Hamburg) dagegen in Berufung gegangen sind. Grund für die Verurteilung waren Aussagen des Pastors in einem Eheseminar seiner Gemeinde im Oktober 2019. Es wurde im März 2020 als Audiodatei auf YouTube veröffentlicht. Darin hatte er unter anderem Homosexualität als eine „Degenerationsform der Gesellschaft“ bezeichnet und gesagt: „Diese Homolobby, dieses Teufliche kommt immer stärker, immer massiver, drängt sich immer mehr hinein.“ Darüber hinaus sagte er: „Überall laufen diese Verbrecher rum vom Christopher Street Day.“ Latzel hatte sich für die Aussagen entschuldigt und die Aufzeichnung im Internet gelöscht. Die Bremische Evangelische Kirche hatte Latzel vorübergehend vom Dienst enthoben; inzwischen darf er aber wieder arbeiten.

Latzel: Bibel enthält scharfe Verurteilungen von Homosexualität

Latzel erklärte vor Gericht, seine Aussagen seien in einem geschlossenen Rahmen erfolgt, und er habe nicht gewollt, dass der Audio-Mitschnitt veröffentlicht wird. Er habe den Beitrag nach erster Kritik sofort gelöscht und sich mehrfach entschuldigt. Die Bibel sei für ihn „unfehlbares Wort Gottes“. Sie enthalte scharfe Verurteilungen von Homosexualität. Sein Glaube sei an die Bibel gebunden, und er lehne daher Homosexualität ab. Dabei unterscheide er zwischen Sünde und Sünder. Latzel: „Alle Menschen sind Sünder, da gibt es keine Ausnahme.“ Er richte sich nicht gegen Menschen. Latzel: „Das Ausgrenzen von Menschen widerspricht zutiefst dem Evangelium.“ Homosexuell empfindende Menschen seien Teil seiner Gemeinde. Er würde sich gegen jeden stellen, der Juden, Muslime oder Homosexuelle ausgrenzt. Zudem sei Gewaltlosigkeit für ihn selbstverständlich.

Zeugen: Was Latzel mit „Verbrecher vom Christopher Street Day“ meinte

Während des Verfahrens wurde zwei Zeugen befragt, die an dem Eheseminar Latzels teilgenommen hatten. Harry Feiffer, der in der St.-Martini-Gemeinde Mitglied ist, erklärte, er habe gewusst, was Latzel mit der Aussage „die Verbrecher vom Christopher-Street-Day“ gemeint habe. Denn es habe mehrere Schmierereien an der Kirche gegeben. Zudem seien Gottesdienstteilnehmer von Menschen mit Regenbogenfahnen daran gehindert worden, in die Kirche zu gelangen. Man habe sich „durchkämpfen“ müssen, so Feiffer. Zudem seien während des Gottesdienstes seinem Auto Kratzer zugefügt worden. Der Zeuge Michael Feuchtmayr machte Angaben zur Audio-Aufzeichnung des Eheseminars. Er habe keine Kenntnis davon gehabt, dass es eine Tonaufnahme gab. Vermutlich sei diese für Menschen gedacht gewesen, die sich angemeldet hatten, aber kurzfristig abgesagt hätten, damit diese das Verpasste nachhören können. Die Aussage Latzels „die Verbrecher vom Christopher Street Day“ habe er nicht so verstanden, dass Latzel Homosexuelle grundlegend als Verbrecher sieht. Seines Erachtens sei sie auf die Angriffe gegen die St.-Martini-Gemeinde gemünzt gewesen. So habe es in der Gemeinde ein „Kiss in“ von gleichgeschlechtlichen Paaren gegeben. Diese hätten sich in der Kirche umarmt und geküsst. Deswegen habe es einen Polizeieinsatz gegeben.

Staatsanwaltschaft lehnt Einstellung des Verfahrens ab

Zu Beginn des Prozesses hatte sich Latzels Anwalt Böttner dafür ausgesprochen, das Verfahren nach Paragraph 153a der Strafprozessordnung einzustellen. Dies ist möglich, wenn es sich bei der verfolgten Tat um ein Vergehen handelt und das öffentliche Interesse sowie die Schwere der Schuld einer Einstellung des Verfahrens nicht entgegenstehen. Dem widersprach die Staatsanwaltschaft. Das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung liege auf der Hand. Die weiteren Termine für das Verfahren sind der 13., der 16. und der 20. Mai.

Deutschland: Berufungsverfahren gegen Olaf Latzel beginnt

Das Landgericht Bremen hat vier Verhandlungstage angesetzt

Bremen (IDEA) – Vor dem Landgericht Bremen beginnt am 9. Mai das Berufungsverfahren wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung gegen den Pastor der Bremer St.-Martini-Gemeinde, Olaf Latzel. Das Gericht hat dafür vier Verhandlungstage angesetzt. Die weiteren Termine sind der 13., der 16. und der 20. Mai. Hintergrund: Das Amtsgericht Bremen hatte Latzel am 25. November 2020 wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 8.100 Euro (90 Tagessätze) verurteilt. Das Urteil ist nicht rechtskräftig, da Latzel und sein Anwalt Sascha Böttner (Hamburg) dagegen in Berufung gegangen sind. Grund für die Verurteilung waren Aussagen des Geistlichen in einem „Eheseminar“ seiner Gemeinde im Oktober 2019. Es wurde im März 2020 als Audiodatei auf YouTube veröffentlicht. Darin hatte er unter anderem Homosexualität als eine „Degenerationsform der Gesellschaft“ bezeichnet und gesagt: „Diese Homolobby, dieses Teuflische kommt immer stärker, immer massiver, drängt sich immer mehr hinein.“ Darüber hinaus sagte er: „Überall laufen diese Verbrecher rum vom Christopher Street Day.“ Später hatte Latzel sich dafür entschuldigt und die Aufzeichnung im Internet gelöscht.

Deutschland: Prof. Cullen: Transhumanismus ist „zutiefst antichristlich“

Bundesverband Lebensrecht veranstaltete Fachtagung zur „Woche für das Leben“

Leipzig (IDEA) – Die Entwicklungen des Transhumanismus sind „zutiefst antichristlich, antimenschlich und lebensfeindlich“. Das sagte der Vorsitzende der Organisation „Ärzte für das Leben“, Prof. Paul Cullen (Münster), auf einer Fachtagung zur „Woche für das Leben“ (30. April bis 7. Mai) in Leipzig. Die Tagung fand unter dem Titel „‘Fortschritt’ ohne Grenzen – Wohin führt die Optimierung des Menschen“ statt und wurde vom Bundesverband Lebensrecht (BVL/Berlin) veranstaltet. Der Transhumanismus habe die kurzfristigen Ziele, die Lebenserwartung zu verlängern, die Intelligenz zu erhöhen und die physischen und psychischen Grenzen des Menschen zu überwinden, so Cullen weiter. Mittelfristig strebten transhumanistische Vertreter die Verschmelzung von Mensch und Maschine auf der physikalischen Ebene an, etwa durch Implantate. Das langfristige Ziel des Transhumanismus sei jedoch die Verschmelzung des menschlichen Bewusstseins mit der Maschine, so dass schließlich auch die Unsterblichkeit erreicht werden könnte. Vertreter des Transhumanismus verträten die These, dass die Menschen eines Tages in der Lage sein werden, sich so zu verändern und ihre Fähigkeiten so zu erweitern, dass sie vollständig neue Wesen haben. Der Endzustand sei nicht ein verbesserter Mensch, sondern ein neues Wesen, das weitaus mehr Fähigkeiten haben solle als der Mensch. Cullen zufolge ist der Transhumanismus eine „Wissenschaftsreligion“. Er bediene sich zwar der wissenschaftlichen Sprache, sei aber in Wirklichkeit eine quasi religiöse Bewegung, deren Konzepte jeder rationalen Begründung entbehrten. Ein führender Kopf der transhumanistischen Bewegung sei etwa der Milliardär Elon Musk, Mitgründer des Bezahlendienstes PayPal und Elektroautoherstellers Tesla. Auch der Milliardär und Gründer des Onlineversandhändlers Amazon, Jeff Bezos, investiere viel Geld in die „biologische Re-Programmierung“.

Veranstaltung von Gegenprotesten begleitet

Wie der Wissenschaftliche Referent des BVL, Albrecht Voigt, gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA mitteilte, nahmen an der Veranstaltung 40 Personen teil. Zudem seien via Livestream weitere 100 Personen dabei gewesen. Laut dem BVL wird in der deutschen Gesellschaft eine grundsätzliche „Neubewertung“ des menschlichen Lebens vorbereitet, etwa durch den Koalitionsvertrag der Bundesregierung. Dieser fordere in den Bereichen Abtreibung und Embryonenschutz sowie für die „reproduktive Selbstbestimmung“ die Aufhebung fast aller rechtlichen Schranken, die sich beim Schutz ungeborener Kinder bewährt hätten. Dadurch gehe „die Grundlage unserer Zivilisation verloren, die darin besteht, das Leben eines jeden Menschen als kostbar zu erachten, unabhängig von der Erfüllung wie auch immer gestalteter Bedingungen und Kriterien“. Laut Voigt demonstrierten rund 50 Anhänger der linksautonomen Szene gegen die Veranstaltung vor dem Tagungsgebäude. Das Bündnis für Selbstbestimmung „Pro Choice Leipzig“ hatte im Vorfeld aufgerufen: „Lasst uns dem BVL den Tag vermiesen und die Fundis zur Hölle jagen!“. Die Vorträge können weiterhin auf YouTube angehört werden.

Deutschland: Weniger Hasskriminalität gegen Christen und Muslime

Kriminalstatistik: Antisemitische Straftaten haben zugenommen

Berlin (IDEA) – Die Hasskriminalität gegen Christen und Muslime hat 2021 im Vergleich zum Vorjahr abgenommen, die gegen Juden jedoch zugenommen. Das geht aus der am 10. Mai veröffentlichten Statistik des Bundeskriminalamtes im Bereich „Politisch motivierter Kriminalität“ (PMK) hervor. 2021 verzeichnete die Behörde 10.501 Fälle. Das sind 2,6 Prozent mehr als im Vorjahr (10.240). Der Statistik zufolge waren 3.027 Fälle antisemitisch motiviert (28,8 Prozent mehr als 2020). Davon wurden 84,3 Prozent dem rechten Spektrum zugeordnet. Islamfeindliche Hasskriminalität gab es in 732 Fällen (Minus 28,7 Prozent). Die christenfeindlichen Straftaten nahmen um 22,7 Prozent auf 109 ab. Auch die Zahl der „ausländerfeindlichen“ Delikte ging zurück. Es wurden 4.735 Straftaten festgestellt (Minus 10,6 Prozent). Die Zahl der Straftaten gegen Religionsgemeinschaften ist dagegen gestiegen. Sie lag bei 3.616, was einer Zunahme von 21,1 Prozent entspricht. Schwerpunkte waren Volksverhetzungen (2.139), Beleidigungen (363), Propagandadelikte (353) und Sachbeschädigungen (347). Stark vermehrt sich Straftaten gegen „religiöse Repräsentanten“. Hier wurden 3.114 Fälle gezählt. Das ist ein Zuwachs um 40,5 Prozent. Bei 98 der 108 Gewaltdelikte handelte es sich um Körperverletzungen. Schwerpunktmäßig wurden Volksverhetzungen (1.973) registriert. Etwa 80 Prozent der Delikte gegen religiöse Repräsentanten waren demnach antisemitisch motiviert und knapp 18 Prozent islamfeindlich. 82,4 Prozent dieser Straftaten wurden dem rechten Spektrum zugeordnet. Während die Straftaten gegen Moscheen deutlich abgenommen haben – es wurden 54 Fälle (Minus 57,6 Prozent) registriert – gab es einen leichten Anstieg bei den Straftaten gegen Kirchen. 106 Gotteshäuser wurden zum Ziel von Angriffen (Plus 6 Prozent). Stark fällt dagegen der Anstieg bei den Angriffen auf Synagogen aus: Es wurden 49 Fälle vermerkt – ein Plus von 104,2 Prozent.

Immer mehr Straftaten können nicht klar zugeordnet werden

Laut Bundeskriminalamt gab es im vergangenen Jahr insgesamt 55.048 Straftaten im Bereich der politisch motivierten Kriminalität. Das entspricht einer Zunahme um 23,2 Prozent. Dem Phänomenbereich „rechts“ wurden 21.064 Delikte zugeordnet (Minus 7 Prozent), dem Bereich „links“ 10.113 (Minus 7,8 Prozent) und dem Bereich „religiöse Ideologie“ 479 (Plus 0,4 Prozent). Die Zahl der Straftaten aufgrund einer „ausländischen Ideologie“ nahm um 13,5 Prozent auf 1.153 zu. Die politisch motivierten Gewalttaten stiegen 2021 um fast 16 Prozent auf 3.889. Davon sind 1.203 der Statistik zufolge dem linken Spektrum zuzuordnen (Minus 21,2 Prozent) und 1.042 dem rechten (Minus 4,6 Prozent). Massiv zugenommen hat dagegen die Zahl der politisch motivierten Gewalttaten, die die Polizei keinem Bereich zuordnen konnte: Es wurden 1.444 Fälle registriert, was einem Plus von 144,3 Prozent entspricht. Den größten Anteil an den politisch motivierten Straftaten nehmen Sachbeschädigungen (27,1 Prozent) und Propagandadelikte (25,13 Prozent) ein. Bei den dem rechten Spektrum zugeordneten Straftaten machen die Verbreitung von Propagandamitteln und die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen laut Statistik 55,8 Prozent aller Straftaten aus. Zum Hintergrund: In Deutschland ist etwa die Verwendung des Hakenkreuzes und anderer Symbole des Nationalsozialismus verboten. Hammer und Sichel sowie andere Embleme des Kommunismus dürfen jedoch – anders als in manchen ehemaligen Ländern des Ostblocks – gezeigt werden.

Rechtsextremismus als größte Bedrohung

Anlässlich der Vorstellung der Statistik bezeichnete Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) den Rechtsextremismus als die „größte extremistische Gefahr für Menschen in unserem Land“. Auch in Bezug auf den Linksextremismus gebe es „keinen Grund zur Entwarnung. Gegen linksextreme Gewalt müssen wir weiter sehr konsequent vorgehen.“ Zudem mache ihr die „massiv steigende Zahl“ antisemitischer Straftaten große Sorgen. „Es ist eine Schande für unser Land, wie viel antisemitische Hetze und Menschenverachtung auch heute verbreitet wird.“ Es sei „beschämend, wie der Völkermord an den europäischen Juden von manchen Corona-Leugnern, die sich einen gelben Stern anheften, verharmlost“ worden sei. „Zugleich sehen wir einen immer lauterem und immer stärker sichtbaren islamistisch geprägten Antisemitismus, der Hass gegen Juden und gegen den Staat Israel offen propagiert.“ Antisemitische Straftaten müssten für die Täter deutlich spürbare Konsequenzen haben, so Faeser.

Deutschland: Zahl der orthodoxen Christen gestiegen

Derzeit sind es rund drei Millionen – mit steigender Tendenz

Bonn/Düsseldorf (IDEA) – In Deutschland leben rund drei Millionen orthodoxe Christen –Tendenz steigend. Das schreibt der frühere Generalsekretär der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland (OBKD), der russisch-orthodoxe Theologe Nikolaj Thon (Düsseldorf), in einem Beitrag für den Fachdienst „Ökumenische Information“ der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA/Bonn). Thon amtierte von 2010 bis 2018 als Generalsekretär. Für seinen Bericht wertete er das Ausländerzentralregister des Bundesverwaltungsamtes (Köln) aus. Danach lebten 2013 rund 1,31 Millionen ausländische orthodoxe Staatsbürger in Deutschland, 2019 seien es 2,2 Millionen gewesen. Hinzu komme eine wachsende Zahl von deutschen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund, die in keiner offiziellen Statistik auftauchten. Wie Thon schreibt, ziehen die orthodoxen Bistümer keine Kirchensteuern ein. Daher würden ihre Mitglieder von den staatlichen Meldebehörden nicht erfasst. Maßgeblich für die Analyse war die Annahme, dass der Anteil der Orthodoxen unter den Migranten in der Regel etwa der gleiche ist wie in den Heimatländern.

Woher die orthodoxen Christen kommen

Die größte Gruppe mit 900.000 Mitgliedern bildet nach Thons Angaben die rumänisch-orthodoxe Kirche, gefolgt von etwa einer halben Million Mitgliedern der russisch-orthodoxen Kirche. 470.000 Angehörige zählt die griechisch-orthodoxe Metropole des Patriarchats von Konstantinopel, 424.000 Mitglieder die bulgarisch-orthodoxe Diözese und 410.000 Gläubige das serbisch-orthodoxe Bistum. Hinzu kommen rund 106.000 Mitglieder der griechisch-orthodoxen Kirche von Antiochien und rund 30.000 der georgisch-orthodoxen Kirche. Die aktuelle Zuwanderung von orthodoxen Christen aus der Ukraine hat Thon noch nicht eingearbeitet. Über 610.000 Ukrainer wurden bisher als Flüchtlinge in Deutschland registriert. Etwa 73 Prozent der Ukrainer sind orthodox. In seinem Bericht verweist Thon außerdem auf die stark gesunkene Zahl der Protestanten und Katholiken im Berichtszeitraum. 2013 gab es demnach 23 Millionen Protestanten und 24,1 Millionen Katholiken, 2019 waren es 20,7 Millionen Protestanten und 22,6 Millionen Katholiken.

Hongkong: Neunzig Jahre alter Kardinal verhaftet

Kardinal Zen wegen "Kollaboration mit ausländischen Kräften" verhaftet

IIRF-D/ICC/Tübingen/- International Christian Concern (ICC) hat erfahren, dass Kardinal Joseph Zen Ze-kun, 90, pensionierter Erzbischof von Hongkong, und drei Demokratieaktivisten am Mittwoch von der nationalen Sicherheitspolizei Hongkongs unter dem Vorwurf der geheimen Zusammenarbeit mit dem Ausland verhaftet wurden.

Kardinal Zen wurde auf dem Polizeirevier Chai Wan in Gewahrsam genommen, sagte ein Polizeibeamter gegenüber Reuters. Der Beamte sagte, Kardinal Zen sei wegen seiner Beteiligung an einem inzwischen aufgelösten humanitären Fonds für Demonstranten befragt worden, die an pro-demokratischen Aktivitäten beteiligt waren. Er wurde nach dem Verhör gegen Kautionsfreilassung freigelassen.

Others arrested included senior barrister Margaret Ng, activist and singer Denise Ho, former lawmaker Cyd Ho (already imprisoned for illegal gathering), and former academic Hui Po-keung. They and Cardinal Zen had to surrender their travel documents before being released on bail.

Die vier waren Treuhänder des "612 Humanitarian Relief Fund", der zur Deckung von Rechtskosten und medizinischen Kosten für Demonstranten beitrug, die während der Demokratiebewegung seit 2019 verhaftet wurden. Die Regierung behauptete jedoch, der Fonds unterstütze Gewalt.

Die Festnahmen erfolgten drei Tage nach einer Stichwahl zur Wahl des sechsten Chefs der Exekutive Hongkongs. Der ehemalige Polizist und Sicherheitschef John Lee war der einzige Kandidat. Er versprach, die nationale Sicherheit zu stärken und eine stärkere Integration der Stadt in das kommunistische China zu erleichtern.

Eine katholische Führungspersonlichkeit aus Hongkong, die anonym bleiben möchte, erklärte gegenüber der ICC: "Kardinal Zen ist der erste katholische Kardinal, der in den letzten Jahrzehnten verhaftet wurde. Er erinnert uns an den heldenhaften Kardinal Kung aus Shanghai, der 1955 verhaftet wurde. Wir bedauern sehr, dass dies geschehen ist, und wir beten, dass Gott ihm Gnade und Kraft gibt, um seinen Kampf für Religionsfreiheit und Demokratie fortzusetzen."

Kardinal Zen ist als entschiedener Verfechter der Religionsfreiheit und der Demokratie bekannt. Der gebürtige Schanghaier fordert häufig Demokratie und kritisiert China für seine Unterdrückung der chinesischen Bevölkerung - insbesondere der katholischen Untergrundgemeinde.

Er kritisierte das [chinesisch-vatikanische Abkommen von 2018](#), das den chinesischen Behörden mehr Einfluss auf die Ernennung von Bischöfen gibt. Und seine Haltung gegen die Kommunistische Partei Chinas und seine Unterstützung für pro-demokratische Aktivisten haben ihn zu einer leichten Zielscheibe gemacht. Er wurde als "falscher Prophet" bezeichnet und erhielt im vergangenen Juni Drohungen, als er eine Messe zum Gedenken an die Opfer des Tiananmen-Massakers abhalten wollte.

"Die Aushöhlung der Freiheit in allen Aspekten in Hongkong ist sehr besorgniserregend, da immer mehr Freiheitskämpfer verhaftet und wegen erfundener Anschuldigungen inhaftiert werden", sagte Gina Goh, ICC-Regionalmanagerin für Südostasien. "Wenn nicht einmal ein 90-jähriger verehrter Kardinal verschont werden konnte, zeigt dies, dass die Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong das Rechtssystem weiterhin missbrauchen wird, um jeden in Hongkong festzunehmen, den sie als Bedrohung für die Stadt ansieht. Der Vatikan und die Welt müssen ihre Stimme erheben und sich an die Seite von Kardinal Zen stellen."

Quelle: International Christian Concern, 05/11/2022 Washington, D.C.

Hongkong: Wegen Volksverhetzung angeklagter Pastor wird Kaution wiederholt verweigert

International Christian Concern - Einem Pastor aus Hongkong, der im vergangenen Monat wegen Volksverhetzung verhaftet und inhaftiert wurde, wurde Kaution trotz seiner vier Versuche, eine zu stellen, wiederholt verweigert.

Pastor Garry Pang Moon-yuen wurde am 6. April von der nationalen Sicherheitspolizei Hongkongs verhaftet, nachdem er am 4. Januar an einer Anhörung teilgenommen hatte, bei der der Organisator der Mahnwache am 4. Juni (zum Gedenken an das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens), Chow Hang-Tung, wegen Anstiftung zur Teilnahme an der verbotenen Veranstaltung verurteilt werden sollte.

Rev. Pang applaudierte, nachdem Chow einen Appell an sich selbst gerichtet hatte, der in den Augen der Behörden als beleidigend angesehen wurde. Ihm wurde daraufhin vorgeworfen, Hass gegen die Justiz zu schüren oder Unzufriedenheit mit ihr zu wecken sowie zum Ungehorsam gegen Recht und Ordnung aufzurufen.

Er hat am 11. April, am 19. April, am 27. April und am 6. Mai eine Kaution beantragt. Der Oberste Gerichtshof lehnt seinen Antrag jedoch weiterhin ab. Er hat keinen Anwalt, der ihn vertritt. Sein Fall wird am 19. Mai erneut vor dem West Kowloon Magistrates' Courts verhandelt.

Rev. Pang hat sich in den letzten Jahren für soziale Gerechtigkeit eingesetzt, insbesondere nachdem das Anti-Auslieferungsgesetz und die Demokratiebewegung im Jahr 2019 in Gang gekommen waren. Man sah ihn für die Erweckung und die Religionsfreiheit in Hongkong beten, mit Eltern, deren Kinder während der Belagerung der Polytechnischen Universität Hongkong gefangen waren, Sit-ins veranstalten oder Aktivisten unterstützen, die Opfer des drakonischen Nationalen Sicherheitsgesetzes von Hongkong geworden sind.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Iran: Christliche Konvertiten nach Razzien verhaftet

Bei Razzien in den Wohnungen von Konvertiten beschlagnahmten Beamte christliche Bücher und Broschüren, Telefone und Computer - Vier Personen wurden verhaftet und an einen unbekanntem Ort gebracht

Bei Razzien in den Wohnungen von Konvertiten beschlagnahmten Beamte christliche Bücher und Broschüren, Telefone und Computer - Vier Personen wurden verhaftet und an einen unbekanntem Ort gebracht

IIRF-D/MEC/Tübingen/12.05.22 - Am 8. Mai gegen 22:30 Uhr führten Sicherheitsbeamte in Rasht gleichzeitig Razzien in den Wohnungen von Behnam Akhlaghi, Babak Hosseinzadeh, Ahmad (Youhana) Sarparast, Ayoub (Farzin) Pour-Rezazadeh und Morteza Mashhoodkari durch. Die Beamten beschlagnahmten christliche Bücher und Flugblätter, Telefone und Computer. Vier der Männer wurden sofort festgenommen und an einen unbekanntem Ort gebracht. Morteza, der nicht zu Hause war, wurde später vom Korps der iranischen Revolutionsgarden (IRGC) telefonisch vorgeladen. Auf Anraten seines Anwalts stellte sich Morteza am Morgen des 9. Mai der Polizei..

Iranische Christen bitten um Gebet für die fünf christliche Konvertiten, die in Rasht nach Razzien in ihren Häusern verhaftet wurden.

Alle Männer gehören der "Kirche des Iran" an und sind wegen ihres Glaubens und der damit verbundenen Aktivitäten bereits strafrechtlich verfolgt worden.

Behnam und Babak gehörten zu den neun Konvertiten, die wegen "Handelns gegen die nationale Sicherheit" und "Förderung des zionistischen Christentums" zu je fünf Jahren Haft verurteilt wurden. Sie wurden im November 2021 vom Obersten Gerichtshof freigesprochen ([wir berichteten](#)). Zu diesem Zeitpunkt hatten die neun Konvertiten insgesamt zwanzig Jahre im Gefängnis verbracht. Während ihrer Haft veröffentlichten Behnam und Babak Videos und gaben Erklärungen im Rahmen einer Kampagne (#Place2Worship - siehe <https://articleeighteen.com/place2worship/>) ab, in denen sie die iranischen Behörden aufforderten, das Recht der christlichen Konvertiten auf freie und gemeinsame Religionsausübung im Iran anzuerkennen.

Ayoub, Ahmad und Morteza waren zuvor am 5. September 2021 bei einem Gebetstreffen verhaftet worden ([wir berichteten](#)). Sie wurden nach Artikel 500 angeklagt und wegen "Propaganda und Erziehung zu abweichenden Überzeugungen, die der heiligen Scharia widersprechen" und "Verbindungen zu ausländischen Führern" zu jeweils fünf Jahren Gefängnis verurteilt und waren dabei, gegen ihre Urteile Berufung einzulegen.

Iranische Christen erbitten Gebet:

- dass Gott die Männer und ihre Familien stärkt und ermutigt und dass bald klar wird, wo sie festgehalten werden
- dass der Heilige Geist sie darin leitet, wie sie ihren Verhörern antworten sollen
- dass sie bald freigelassen werden
- dass die iranischen Behörden die Verfolgung religiöser Minderheiten, die friedlich nach ihrem Glauben und ihrer Überzeugung leben, einstellen

Sie können dieses Gebetsanliegen auf der Website der MEC aufrufen, indem Sie [hier](#) klicken.

Quelle: Middle East Concern

Iran: Pastor zu zehn Jahren Haft verurteilt

IIRF-D/BF/Tübingen/12.05.22 - Ein iranischer Pastor ist zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er in der Hauptstadt Teheran eine "Hauskirche" geleitet hat.

Anooshavan Avedian, ein armenisch-stämmiger Iraner, wurde außerdem zu zehn Jahren "Entzug sozialer Rechte" - zum Beispiel Einschränkungen seiner Beschäftigung - verurteilt, die nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis beginnen werden.

Zwei Mitglieder der Kirche, Abbas Soori und Maryam Mohammadi, die beide vom Islam konvertiert sind, wurden zwar nicht inhaftiert, aber ebenfalls zu zehn Jahren Entrechtung verurteilt.

Darüber hinaus wurde Abbas und Maryam ein zweijähriges Verbot auferlegt, ins Ausland zu reisen oder einer sozialen Gruppe beizutreten, sowie eine zweijährige Verbannung aus der Provinz Teheran und Geldstrafen von jeweils 50 Millionen Tomans (ca. 1.600 €).

Anooshavan wurde von der 26. Abteilung des Revolutionsgerichts in Teheran wegen "Gründung und Leitung einer illegalen Gruppe mit dem Ziel, die Sicherheit des Landes durch erzieherische und propagandistische Aktivitäten zu stören, die im Widerspruch zur heiligen Religion des Islam stehen und diese stören" verurteilt.

Abbas und Maryam wurden als Mitglieder der "illegalen Gruppe" verurteilt. Alle drei haben gegen das Urteil, das am 11. April erging, Berufung eingelegt.

Die drei wurden nach einer Razzia in der Hauskirche im August 2020 verhaftet. Jeder von ihnen wurde eine Zeit lang in Teherans berüchtigtem Evin-Gefängnis festgehalten, wo sie Einzelhaft und Verhören ausgesetzt waren.

Andere Mitglieder der Kirche wurden gezwungen, offizielle Dokumente zu unterzeichnen, in denen sie versprachen, an keinen weiteren Treffen der Hauskirche teilzunehmen und keinen Kontakt zu anderen Christen aufzunehmen.

Die Hauskirche wurde nach der Schließung einer Farsi (Persisch) sprechenden Kirche in Teheran im Jahr 2013 gegründet.

Im Gegensatz zu den historischen armenisch- und assyrischsprachigen christlichen Gemeinschaften sind persischsprachige Christen Konvertiten aus dem Islam - also Abtrünnige - und daher nach islamischem Recht strafbar.

Obwohl er als armenischer Christ in seiner eigenen Sprache Gottesdienst feiern darf, ist es Anooshavan Avedian daher untersagt, farsisprachige Gläubige zu betreuen oder Gottesdienste in Farsi, der Landessprache Irans, abzuhalten.

Quelle: Barnabas Fund 10. Mai 2022

Kuba: Explosion trifft auch Baptistenkirche

Havanna: Über 30 Tote in Hotel – Kuppel der Kirche eingestürzt

Havanna (IDEA) – Bei der Explosion in einem Luxushotel in der kubanischen Hauptstadt Havanna ist auch eine nahegelegene Baptistenkirche schwer beschädigt worden. Ursache des Unglücks am 6. Mai war offenbar ein Gasleck. Dabei kamen in dem Hotel und der Umgebung mindestens 31 Menschen ums Leben. 84 wurden verletzt. Die Explosion brachte die Kuppel der Baptistenkirche „El Calvario“ zum Einsturz. Durch „große Bewahrung“ sei jedoch kein Baptist verletzt worden, berichtete das christliche Hilfswerk Coworkers (Stuttgart), eine langjährige Partnerorganisation des Baptistenbundes „Convención Bautista de Cuba Occidental“. Auch die an die Kirche angrenzende Landeszentrale des Bundes sei stark von der Explosion betroffen, so die Projektmanagerin Lateinamerika von Coworkers, Dorothee Kuhs. Ein Mitglied einer anderen Kirche, die ebenfalls langjähriger Partner von Coworkers ist, habe sich bei der Explosion vor dem Hotel befunden und schwebte nach wie vor in Lebensgefahr. Die Organisation rief zum Gebet für den Schwerverletzten und alle Betroffenen auf. Für die Angehörigen der Toten seien rasche Hilfsaktionen geplant. Das betroffene Hotel war wegen der Corona-Pandemie geschlossen worden. In dem Gebäude fanden Umbau- und Renovierungsarbeiten statt. Es sollte am 10. Mai wiedereröffnet werden. In Kuba gibt es vier Baptistenbünde mit zusammen über 100.000 Mitgliedern.

Laos: Onkel weigert sich, für drei christliche Waisenkinder zu sorgen

Voice of the Martyrs Australia – Im Februar starb ein christlicher Mann namens Nin und hinterließ zwei Töchter, Neung und Nom, und einen Sohn, Ram. Seit 2009 haben die drei Teenager auch ihre Mutter, eine Schwester und ihre Großmutter verloren, die allesamt gläubig waren.

Nach Nins Tod machte der Onkel der Teenager den Glauben der Familie an Gott für den Tod verantwortlich. Er und seine Frau boten an, sich um die drei Jugendlichen zu kümmern, wenn sie ihren christlichen Glauben aufgeben würden. Die Jugendlichen lehnten ab und sagten, sie könnten ihren Glauben niemals verlassen. Verärgert über ihre Entscheidung, weigerte sich ihr Onkel, für sie zu sorgen. Nom, 16, und Ram, 13, sind bei der Familie ihres Pastors eingezogen. Ihre ältere Schwester, Neung, hat die High School abgeschlossen und lebt allein.

In Laos bezeichnen sich 60 Prozent der Laoten als Buddhisten. Die meisten Christen werden von Familienmitgliedern oder Dorfbehörden verfolgt, die befürchten, dass Christen die Geister beleidigen, und die auch dem Druck der kommunistischen Regierung ausgesetzt sind. Christen in Laos wird häufig die medizinische Behandlung sowie der Zugang zu Bildung und anderen sozialen Diensten verweigert.

Quelle: The Voice of the Martyrs USA / Australia

<https://vom.com.au/uncle-refuses-to-care-for-christian-children-after-fathers-death/>

Übersetzt und bearbeitet von AKREF

Moldawien: Unter ukrainischen Flüchtlingen

Neueste Informationen vom Missionswerk Licht im Osten

Ein Mitarbeiter berichtet von dem Dienst von LICHT IM OSTEN Moldawien unter ukrainischen Flüchtlingen: „Schon in den ersten Tagen wurden die Grenzen der Republik Moldau von Zehntausenden von Flüchtlingen überschwemmt, die ihr Leben retten wollten! In unserer (christlichen) Gemeinde haben wir Unterkünfte für sie eingerichtet. Doch die Tage vergingen und die Flüchtlinge kamen nicht bei uns an. Wir liegen direkt an der Grenze zu Transnistrien (einem prorussischen Gebiet in der Republik Moldau), weshalb sie unser Gebiet umgangen haben. Die meisten von ihnen wollten nach Kischinau gelangen, sich dort einige Tage ausruhen und dann ihren Weg nach Europa fortsetzen. Bisher haben mehr als 320.000 Flüchtlinge die Grenze zur Republik Moldau überquert, von denen mehr als 100.000 jetzt in der Republik Moldau leben. Keiner von uns hatte zuvor Erfahrung mit der Aufnahme von Flüchtlingen, wie es in vielen anderen Ländern der Fall ist, und so lernten wir alles aus dem Stegreif. Zu unserer großen Freude haben die Moldauer außerordentliches Mitgefühl mit den Ukrainern gezeigt. Die Menschen eilten herbei, um auf jede erdenkliche Weise zu helfen. Verpflegung, Unterbringung in Zentren und Privathäusern, Medikamente, Transporthilfe usw.“ In Kischinau hat Alexander Katana dann Möglichkeiten gefunden, um Flüchtlingen zu helfen: Annahme und Sortieren von Hilfsgütern, Verteilung von Lebensmitteln in einem Flüchtlingscamp. „Das Lager war so primitiv und hastig gebaut worden, dass die Wände nichts weiter als eine Folie waren, die einen Raum vom anderen trennte.“ Dann unterstützte er die Mitarbeiter des Zollamts, die „Tag und Nacht im Einsatz und sehr erschöpft waren“. Er transportierte Essen für die Flüchtlinge, kümmerte sich um die Müllentsorgung, erklärte verwirrten Flüchtlingen, wie es für sie weitergehen sollte, suchte Unterkünfte für sie und Transportmöglichkeiten. „Außerdem musste ich als Beobachter fungieren und Menschen ausfindig machen, die die Notlage der Flüchtlinge ausnutzen wollten. Da die meisten Zollstellen von Kindern, Mädchen und Frauen überschritten werden, haben sich viele Menschenhändler mobilisiert, die versuchen, diese Frauen in die sexuelle Sklaverei zu entführen. Aus diesem Grund überwachen wir die Fahrer, die ihre Dienste anbieten, sehr genau und erfassen ihre Kontaktdaten und Fahrzeugnummern. Wir bemühen uns sicherzustellen, dass die Fahrer, denen wir Flüchtlinge anvertrauen, gläubige Christen aus unseren Gemeinden sind. Der Krieg geht weiter, und es kommen weiterhin Flüchtlinge über die Grenze, mal mehr, mal weniger. Aber inzwischen gibt es weniger ehrenamtliche Helfer, der Enthusiasmus ist verschwunden, die Engagiertesten sind übriggeblieben, meist Menschen, die dem Herrn dienen.

- ☒ Gott gebe uns Kraft und ein opferbereites Herz, um weiterhin für die Flüchtlinge da zu sein.
- ☒ Wir beten und hoffen, dass der Krieg eines Tages aufhört, aber wir wissen, dass die Arbeit auch danach weitergehen wird.
- ☒ Herr, schenke der Ukraine Frieden!
- ☒ Wir danken Ihnen für Ihre Gebete und alle finanzielle Unterstützung, die es uns ermöglicht, den Flüchtlingen zu helfen!“
- ☒ Bitte beten Sie auch um Bewahrung für die Frauen und Kinder an der Grenze, dass sie nicht in die Fänge von Menschenhändlern geraten um
- ☒ um Bewahrung vor einer Ausweitung des Krieges auf Moldawien.

Myanmar: Tatmadaw startet weiteren Angriff auf historisches christliches Dorf

IIRF-D/BF/Tübingen/12.05.22 - Tausende flohen aus einem historischen christlichen Dorf in der Region Sagaing in Myanmar, nachdem es am 7. Mai von der Armee angegriffen worden war.

Mindestens 20 Häuser wurden während des Angriffs der Tatmadaw (Militär) auf Chan Thar in Brand gesetzt. Das Dorf, das schon früher vom Militär angegriffen wurde, liegt in einer Region, in der Christen und Buddhisten seit Jahrzehnten friedlich nebeneinander leben.

Barnabas Fund hat Tausenden von Christen, die vor ähnlichen Angriffen der myanmarischen Armee fliehen mussten, Lebensmittel und praktische Hilfe zur Verfügung gestellt.

Chan Thar und die historischen Gemeinden Chaung Yoe und Monhia sind als Bayingyi-Dörfer bekannt, deren Bewohner von Christen abstammen, die sich im 16. und 17. Jahrhundert in diesem Gebiet niedergelassen haben.

Das Militär griff Chan Thar im Januar 2022 an und tötete zwei Dorfbewohner. Einer war geistig behindert. Drei Menschen wurden schwer verprügelt, und die Soldaten verübten Plünderungen. Tausende flohen aus dem Dorf in sichere Gebiete in der Nähe von Mandalay.

Im Juni 2021 überfielen Dutzende von Soldaten eine Kirche in Chan Thar und das Haus ihrer Geistlichen und verhafteten sechs Geistliche.

Die Tatmadaw hat auch Angriffe auf Chaung Yoe und andere christliche Dörfer in der Region Sagaing verübt. Im März 2022 wurden ein Vater und sein Sohn erschossen, als sie versuchten, vor einer Razzia in Chaung Yoe zu fliehen, bei der Soldaten eine Kirchenkanzel in Brand setzten und mindestens zehn Häuser niederbrannten.

Das Militär, das im Februar 2021 die Macht im mehrheitlich buddhistischen Myanmar übernommen hat, verfolgt seit vielen Jahren die christliche Minderheit Myanmars, die schätzungsweise 6,2 % der Bevölkerung ausmacht.

Quelle: Barnabas Fund 10 Mai 2022

Nigeria – USA: Zwei Chibok-Mädchen schließen ihr Studium mit einem Master ab

IIRF-D/BF/Tübingen/12.05.22 - Zwei der 276 Schülerinnen, die 2014 von Boko Haram entführt wurden, haben in den Vereinigten Staaten ihren Master-Abschluss gemacht.

Lydia Pogu und Joy Bishara gehören zu den 57 Mädchen, die ihren islamistischen Entführern entkamen, indem sie kurz nach ihrer Entführung von einem fahrenden Lastwagen sprangen.

Lydia hat einen Master in Human Services Administration und Joy einen Master in Sozialarbeit an der Southeastern University in Lakeland, Florida, erworben.

Die Cousinen Lydia und Joy erhielten 2017 Stipendien von Southeastern und schlossen 2021 ihr Studium ab.

"Aufgrund der Geschehnisse und der Warnungen von Boko Haram hatte ich solche Angst, wieder zur Schule zu gehen", erklärt sie. "Ich habe meinen Eltern gesagt, dass ich lieber bei ihnen zu Hause bleibe und leide, als noch einmal zur Schule zu gehen. Ich dachte, alle meine Träume hätten sich geändert, aber Gott hatte einen anderen Plan für mich."

Lydia plant, Menschenrechtsanwältin zu werden. Joy hofft, in Chibok eine gemeinnützige Organisation zu gründen, die, wie sie sagt, "diejenigen aufnimmt, die in einer gewalttätigen Beziehung verletzt wurden; die von Boko Haram angegriffen wurden; die ihr Eigentum verloren haben und keine Nahrung mehr haben".

Die 1935 gegründete Southeastern University ist eine christlich geprägte Hochschule. Motto: „Wir haben uns verpflichtet, eine christliche Hochschulausbildung anzubieten, die die nächste Generation dazu befähigt, als einflussreiche, dienende Führungspersönlichkeiten in ihrer Karriere und in ihren Gemeinden in die Welt zu gehen.“

Am 14. April 2014 entführten islamistische Extremisten 276 Mädchen, zumeist Christinnen, aus einer Sekundarschule in Chibok im Nordosten Nigerias. Etwa 160 der Mädchen konnten in der Folge entkommen, wurden gerettet oder freigelassen. Die Mädchen berichteten, dass sie von ihren Entführern ausgepeitscht wurden, um sie zur Heirat zu zwingen, während eine Gruppe christlicher Mädchen eine Scheinhinrichtung erlebte, weil sie sich weigerten, zum Islam zu konvertieren.

Zu diesem Bericht ein **Kommentar** von Barnabas Fund:

Boko Haram lässt sich frei mit "Bildung ist verboten" übersetzen und bezieht sich auf die moderne, westlich geprägte Bildung.

Die extremistische Auslegung von Boko Haram wird auch von anderen islamistischen Gruppen geteilt, z. B. von den Taliban in Afghanistan, die im März 2022 Mädchengymnasien schlossen - nur wenige Stunden, nachdem sie zum ersten Mal seit der Machtübernahme der Taliban sieben Monate zuvor wieder geöffnet worden waren.

Ihre Entführer - so Lydia - sagten ihr, "dass die Schule ein Tabu für Frauen ist. Sie warten uns, dass sie uns holen werden, wenn wir wieder zur Schule gehen. Ich habe persönlich beschlossen, nicht mehr zur Schule zu gehen, weil sie uns gesagt haben, dass sie uns überall finden würden, wo wir hingehen."

Doch mit Hilfe einer in den USA ansässigen Wohltätigkeitsorganisation konnten Lydia und Joy in den USA studieren. Sie schlossen zunächst die High School an der Canyonville Christian Academy ab, dann einen Bachelor-Abschluss an der Southeastern University und schließlich einen Master-Abschluss an der gleichen Einrichtung.

Jetzt wollen die beiden Frauen ihre Fähigkeiten nutzen, um anderen Opfern von Ungerechtigkeit und Unterdrückung zu helfen.

Die Geschichte von Lydia und Joy zeigt, wie wichtig es ist, den Verfolgten und Ausgegrenzten Bildungschancen zu bieten - ein Anliegen, das dem Barnabas Fund sehr am Herzen liegt.

Durch unser Living Streams-Schulplatzpatenschaftsprogramm und andere Bildungsprojekte unterstützen wir 120 Schulen in Pakistan, die mehr als 11.000 christlichen Kindern eine christliche Ausbildung ermöglichen.

Wir finanzieren auch die Erwachsenenbildung, wie z. B. Alphabetisierungskurse für Erwachsene im Senegal, die es vielen Gläubigen dort ermöglicht haben, das Wort Gottes selbst zu lesen und dadurch ihren christlichen Glauben zu vertiefen, sowie ähnliche Alphabetisierungskurse für Ziegelsteinfamilien in Pakistan.

Über das Oxford Centre for Religion and Public Life, zu dem auch die Shepherd's Academy gehört, bieten wir Kirchenleitern aus 23 Ländern pastorale und theologische Ausbildungsmöglichkeiten an - von Kursen bis hin zu Doktoratsstudien.

Quelle: Barnabas Fund 10. Mai 2022

Nigeria: Acht Tote bei erneutem Angriff militanter Islamisten auf Dorf im Bundesstaat Borno

IIRF-D/BF/Tübingen/12.05.22 - Am 3. Mai wurden in einer Gemeinde im nigerianischen Bundesstaat Borno, die wiederholt von militanten Islamisten angegriffen wurde, acht Dorfbewohner getötet.

Mitglieder von Boko Haram werden verdächtigt, den jüngsten Angriff auf das Dorf Kautikari verübt zu haben, das in einer überwiegend christlichen Region der Chibok Local Government Area (LGA) liegt. Ein weiteres Opfer, eine ältere Frau, wurde in dem nahe gelegenen Dorf Kwada getötet.

Ein Überlebender des Angriffs in Kautikari sagte, die Kämpfer seien gegen 19.30 Uhr in das Dorf eingedrungen, hätten geschossen und Häuser in Brand gesetzt. Viele Menschen wurden verwundet und Vieh und Lebensmittelvorräte geplündert, fügte er hinzu.

Bei einem Überfall auf Kautikari im Februar 2022, der vermutlich von Mitgliedern von „Islamischer Staat Westafrika“, einem Ableger von Boko Haram, verübt wurde, wurden drei Christen getötet.

Nach dem Überfall beklagte ein Bewohner, dass die Regierung die Menschen in der Region im Stich gelassen habe.

Kautikari war eines von drei Dörfern in Chibok LGA, die im Dezember 2021 und Januar 2022 von militanten Islamisten angegriffen wurden.

Von der Stadt Chibok aus entführten Boko-Haram-Terroristen im April 2014 276 Mädchen, die meisten von ihnen Christen, aus einer Sekundarschule. Etwa 160 Mädchen konnten später entkommen, wurden gerettet oder freigelassen.

Quelle: Barnabas Fund 5 Mai 2022

Nigeria: Christ seit Anfang März in Geiselhaft

Katholischer Priester in den Händen seiner Entführer gestorben

Abuja (Fides) - "Mit gebrochenem Herzen fügen wir uns dem Willen Gottes und geben den Tod von Pater Joseph Aketeh Bako bekannt, der zwischen dem 18. und 20. April 2022 in den Händen seiner Entführer starb", so der Kanzler der Erzdiözese Kaduna, Pfarrer Christian Okewu Emmanuel, zum Tod des am 8. März entführten Pfarrers der katholischen Gemeinde „St. John's“ in Kudenda im Bezirk Kaduna South im Bundesstaat Kaduna.

Pfarrer Bako (48) war von bewaffneten Männern entführt worden, die in der Nacht zum 8. März um 1.30 Uhr in das Pfarrhaus eindrangen. Zusammen mit ihm wurde auch sein Bruder, der zu Besuch war, entführt. "Sein Bruder wurde vor seinen Augen getötet, woraufhin sich sein Zustand (er war schon seit einiger Zeit krank) verschlechterte und er schließlich starb", so der Kanzler der Erzdiözese Kaduna. "Wir konnten die Leiche noch nicht bergen, aber wir haben eine sichere Bestätigung des Todes. Die Menschen, die mit ihm entführt wurden, haben ihn sterben sehen."

Bereits in den Wochen nach der Entführung hatten sich Gerüchte über den Tod von Pater Bako verbreitet, der angeblich von seinen Entführern gefoltert wurde. Der Kanzler der Erzdiözese Kaduna erklärte, dass "die Umstände, die zum Tod von Pater Bako geführt haben, und das Datum seines Todes inzwischen sorgfältig überprüft werden konnten, weshalb wir sie heute auch mit Sicherheit mitteilen können".

(L.M.) (Fides 12/5/2022)

Nigeria: Katholischer Priester entführt

Abuja (Fides) - Am Sonntag, den 8. Mai, wurde im Bundesstaat Akwa Ibom im Süden Nigerias der Gemeindepfarrer der Kirche „St. Pius X.“, Alphonsus Uboh, entführt. Zeugenaussagen zufolge stürmten bewaffnete Männer auf Motorrädern am Sonntag, den 8. Mai, gegen 7 Uhr morgens nach Abschluss eines von der Katholischen Frauenorganisation (CWO) organisierten Gottesdienstes zum Muttertag mit Spendenaktion das Gelände der Pfarrei. Die Angreifer sollen zunächst in die Luft geschossen haben, bevor sie den Priester als Geisel nahmen.

Der Vorsitzende des Pfarrgemeinderats von der Pfarrei „St. Pius X.“, Cletus Okodi, sagte, der Priester habe ihn am Nachmittag des 9. Mai angerufen. Pater Uboh berichtete Okodi, dass er in einem Wald festgehalten wird, dessen Standort er nicht kennt, und dass seine Entführer ein Lösegeld von 100 Millionen nigerianischen Naira (240.000 \$) für seine Freilassung fordern. Entführungen mit dem Ziel der Erpressung sind in Nigeria endemisch geworden. Im März wurden innerhalb weniger Tage drei Priester entführt. Zwei von ihnen wurden später freigelassen, während es unbestätigte Berichte über das Schicksal des dritten, Pfarrer Joseph Akete Bako, gibt, der angeblich getötet wurde.

Die vorangegangenen Entführungen fanden im Norden Nigerias statt, während nun Pfarrer Alphonsus Uboh im südlichen Bundesstaat Akwa Ibom entführt wurde, was einmal mehr unter Beweis stellt, wie weit das Verbrechen der erpresserischen Entführung inzwischen verbreitet ist.

(L.M.) (Fides 11/5/2022)

Pakistan: Zwei Brüdern von der christlichen Minderheit droht die Todesstrafe

Pakistan: Zwei Brüdern von der christlichen Minderheit droht die Todesstrafe

VoMAustralia – Die Brüder Qasir und Amoon warten auf das Urteil eines Berufungsverfahrens gegen ihr Todesurteil.

Qasir wurde 2014 und Amoon 2015 verhaftet, nachdem ihnen vorgeworfen worden war, auf einer Website blasphemische Äußerungen gegen den Propheten Mohammed veröffentlicht zu haben. Der blasphemische Inhalt wurde angeblich im August 2010 entdeckt, als ein Mann namens Raheel Malik auf ihren Blog stieß.

Sowohl Qasir als auch Amoon plädierten auf "nicht schuldig" in Bezug auf die Anklage wegen Blasphemie und behaupteten, dass ihnen eine Falle gestellt worden sei, weil zwischen ihnen und den beiden Männern, die sie bei der Polizei angezeigt hatten, ein Konflikt bestanden hatte. Die Brüder befinden sich seit ihrer Verhaftung in Untersuchungshaft. Im Jahr 2018 wurden sie im Gefängnis angeklagt und zum Tode verurteilt, woraufhin sie ins Zentralgefängnis von Sahiwal verlegt wurden. Beide Brüder leiden unter gesundheitlichen Problemen.

Die Männer wurden von CLAAS UK (Centre for Legal Aid, Assistance and Settlement) bei einem Einspruch gegen ihr Todesurteil vertreten. Nach mehreren Verzögerungen fand das Berufungsverfahren Anfang März dieses Jahres statt. Es wird erwartet, dass das Urteil in Kürze verkündet wird. CLAAS hofft weiterhin auf einen Freispruch für die Brüder.

Quellen: Voice of the Martyrs Australia, CLAAS-UK

<https://vom.com.au/pakistan-christian-brothers-face-death-penalty/>

Übersetzt und bearbeitet von IIRF-D

Russland: Strafverfolgung wegen Kritik am Ukrainekrieg

AKREF-A/F18/09.05.22 - Trotz der offiziellen Unterstützung der russischen Invasion durch Patriarch Kyrill und andere Vertreter des Moskauer Patriarchats protestieren einige wenige Priester und Laien in Russland weiterhin aus explizit religiösen Gründen gegen den Krieg in der Ukraine. Sie werden meist verhaftet, riskieren Strafverfolgung und den Verlust ihrer Arbeitsplätze. Mindestens zwei russisch orthodoxe Priester wurden bereits zu Geldstrafen in Höhe von jeweils einem Monatsgehalt verurteilt. Ende April wurde ein Baptistenprediger zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er auf seiner Seite im VKontakte Netzwerk den Krieg kritisiert und einen Link zu einem offenen Brief eines protestantischen Verlags gesetzt hatte, in dem festgestellt wird, dass keine politischen Interessen oder Ziele den Tod unschuldiger Menschen rechtfertigen können und durch die Invasion der souveränen Ukraine die Freiheit zur Selbstbestimmung ihrer Bürger verletzt werde. Weiters wird in dem offenen Brief darauf hingewiesen, dass der Krieg nicht nur die Ukraine, sondern auch Russland, seine Menschen, seine Wirtschaft, Moral und Zukunft zerstöre und Hass zwischen den beiden Völkern sähe, der Entfremdung und Feindschaft über Generationen schaffen werde.

Die Polizei hat mehrere Menschen an verschiedenen Orten festgenommen, die unter Verwendung von Bibelziten und religiösen Bildern öffentlich gegen den Krieg protestiert hatten. Eine von ihnen, Anastasiya Parschkowa, war 5 Minuten lang mit einem Plakat mit dem Text „6. Gebot: Du sollst nicht töten“ vor der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale gestanden, bevor sie verhaftet und auf eine Polizeistation gebracht wurde. Gegen sie wurde keine Anklage erhoben.

Nach den bisher verhängten Verwaltungsstrafen ist jetzt erstmals bekannt geworden, dass strafrechtliche Ermittlungen gegen eine Kritikerin des Ukrainekriegs eingeleitet wurden. Betroffen ist die Protestantin und Stadträtin Nina Belyayeva die wegen ihres ausdrücklich religiös begründeten Protests gegen Krieg ins Visier der Strafverfolgungsbehörden geraten ist. Von den Ermittlungsbehörden der Region Woronesch wird Frau Belyayeva beschuldigt, mit ihren Bemerkungen während einer Sitzung des Bezirksrats von Semiluk den neuen Artikel 207.3 des Strafgesetzbuchs („Öffentliche Verbreitung wissentlich falscher Informationen über den Einsatz der Streitkräfte der Russischen Föderation“) verletzt zu haben. Sie hatte bei der Sitzung die russische Invasion ein Kriegsverbrechen genannt. Zur Zeit der Einleitung des Strafverfahrens war sie allerdings bereits aus Russland geflohen. Die Ermittlungsbehörde gab bekannt, dass sie erwäge, Frau Belyayeva auf die Fahndungsliste setzen zu lassen.

Sie hatte auf Aufforderung durch andere Ratsmitglieder, ihre Kommentare in den sozialen Medien zu erklären während einer Sitzung bestätigt, dass sie davon überzeugt ist, dass andere Menschen töten, in das Territorium eines anderen Staates einzudringen, was nichts mit Selbstverteidigung des eigenen Staates zu tun hat, nichts mit dem christlichen Glauben zu tun hätte und fügte hinzu, dass ein Christ solches nicht tun könne. Sie erklärte: „Ein Christ ist nicht jemand, der ein Kreuz trägt, sondern jemand, der Christus nachfolgt, für den das Wort Gottes, die Autorität Christi, weit über der Autorität des Präsidenten steht ... für einen Christen steht die Autorität Christi über der Meinung des Patriarchen Ja, das ist meine Position.“ Auf die Beschuldigung durch andere Mitglieder des Bezirksrats, sie hätte die russischen Truppen in der Ukraine aufgerufen, sich zu ergeben, bestand Belyayeva darauf, dass sie niemand zur Kapitulation aufgefordert hätte. Sie erklärte, dass sie lediglich angemerkt hatte, dass dies „ein Ausweg für einen Christen“ wäre und jeder Soldat die Entscheidung für sich selbst treffen würde. „Es gibt rechtmäßige Befehle und rechtswidrige Befehle“, erklärte sie.

Daraufhin stimmten zwanzig der insgesamt 23 Ratsmitglieder dafür, die Anklagebehörden aufzufordern, Ermittlungen gegen Belyayeva einzuleiten. Frau Belyayeva erklärte gegenüber Forum 18, dass sie die Strafverfolgung erwartet hatte, da das Video mit ihren Bemerkungen, das sie mit ihrem Smartphone aufgenommen und auf YouTube gestellt hatte, auf der ganzen Welt gesehen wurde. Sie erklärte, dass es wichtig wäre, dass die Christen hören, dass der Patriarch oder der Präsident – der oft in den Medien mit einer Kerze in der Kirche abgebildet wird – Unrecht haben könnten. „Sie müssen sich fragen: Was würde Christus sagen? Fragen Sie sich, möchten Sie so ‚befreit‘ werden? Dass Menschen mit dieser Art von ‚Erlösung‘ und ‚Bruderliebe‘ in Ihr Haus kommen? Wenn Sie das nicht wollen, dann müssen Sie ein anderes Land so behandeln, wie Sie selbst behandelt werden wollen – seine Souveränität, seine Entscheidung respektieren, und dürfen nicht einmal die Möglichkeit zulassen, dass jemand kommen könnte und einen Wechsel der rechtmäßig gewählten Regierung herbeiführt, Verfassungsänderungen diktiert, Städte zerstört und Menschen tötet“.

Daraufhin wurde ein Verfahren wegen Verletzung des neuen Artikels 207.3 des russischen Strafgesetzbuchs gegen Frau Belyayeva eingeleitet. Der Strafraum für dieses Delikt reicht von einer Geldstrafe bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 5. Mai 2022).

Sri Lanka: "Ein schwarzer Tag in der Geschichte des Landes"

Colombo (Fides) - "Wir befinden uns in einem sehr traurigen und ernsten Moment. Die Situation hat sich zugespitzt: Seit Jahren fordern wir von Politikern und Gesetzgebern Gerechtigkeit und Transparenz. Aber die Regierung unter Premierminister Rajapaksa hat das Land Tag für Tag zugrunde gerichtet und den Menschen das Geld weggenommen. Der Montag, der 9. Mai, war ein trauriger Tag. Ein schwarzer Tag in der Geschichte des Landes. Jetzt brauchen wir Gebet, Frieden und Harmonie, um aus den Trümmern eine wohlhabende und friedliche Zukunft aufzubauen", so der Nationaldirektor der Päpstlichen Missionswerke in Sri Lanka, Pfarrer Basil Rohan Fernando aus der Erzdiözese Colombo gegenüber Fides zur kritischen sozialen und politischen Situation im Land.

"Vor ein paar Wochen", erklärt Pfarrer Fernando, "gab es einen entscheidenden Moment: Die Menschen gingen auf die Straße, vor allem die Jugendlichen, und die Religionsvertreter standen ihnen zur Seite. Die Zivilgesellschaft protestierte, und innerhalb weniger Tage breitete sich der Protest auf das ganze Land aus: Überall, in jedem Winkel des Landes, schlossen sich Religionsvertreter, junge Menschen und Bürger zusammen und gingen auf die Straße, um Frieden, Gerechtigkeit und den Rücktritt Rajapaksas zu fordern, der das Land in den Ruin geführt hat".

Mit Blick auf die tragischen Ereignisse am gestrigen 9. Mai sagt der Priester: "Wir haben einen Monat lang friedlich demonstriert. Dann versammelten sich Anhänger des Rajapaksa-Clans, die von außerhalb der Stadt gekommen waren, und provozierten die Menschen zu Gewalt. Junge, friedliche Demonstranten wurden von alkoholisierten Militanten angegriffen, die eine Art Bürgerkrieg auslösten und Verwüstung anrichteten. Die Polizei konnte die Zusammenstöße nicht unterbinden, und dann griff die Armee ein, um die Gemüter zu beruhigen. Die Spannungen waren in allen Bezirken groß, und einige Bürger griffen aus Wut die Häuser von Ministern an. Währenddessen versammelten sich führende Religionsvertreter Glaubensrichtungen, um die Menschen zu beruhigen und ihnen Mut zu machen".

Nach den gewalttätigen Zusammenstößen vom 9. Mai, die fünf Tote, darunter ein Abgeordneter, und über 200 Verletzte forderten, ist in den Straßen der Hauptstadt Colombo wieder Ruhe eingekehrt, doch die soziale Spannung bleibt spürbar. Zahlreiche Häuser wurden in Brand gesteckt, und es kam zu heftigen Zusammenstößen zwischen Anhängern und Gegnern der Familie Rajapaksa. Seit Wochen nehmen viele an einem Sitzstreik im Zentrum der Hauptstadt ("Go Gota Gama") teil. Premierminister Mahinda Rajapaksa ist unterdessen zurückgetreten und wurde gestern von der Armee aus der Hauptstadt eskortiert und befindet sich jetzt mit seiner Familie an einem unbekanntem sicheren Ort. Sein Bruder Gotabaya, der im Amt geblieben ist, muss nun entscheiden, in welcher Form er die Exekutive des Landes wiederherstellen und gleichzeitig verhindern will, dass die Gewalt auf die Straßen zurückkehrt.

Die Wirtschaftskrise im Land ([vgl. AKREF 4./4/2022](#)) hatte sich im letzten Monat noch verschärft: Am 12. April hatte Sri Lanka einen Rückzahlungsstopp für seine Auslandsschulden angekündigt und mit der Ankündigung des Zahlungsausfalls akzeptieren müssen, dass die Umstrukturierung der nationalen Auslandsschulden - die 50 Milliarden Dollar übersteigen - vom Währungsfonds verwaltet wird, dessen Hilfe die Rajapaksas immer abgelehnt hatten.

Die beispiellose Krise, die die Insel getroffen hat, ist auch auf die Covid-19-Pandemie und den damit verbundenen Zusammenbruch des Tourismussektors zurückzuführen. Unterdessen beklagt die Opposition auch auf das Missmanagement der internationalen Kredite. Die Situation hat sich mit dem allgemeinen Anstieg der Lebensmittel- und Dieselpreise weiter verschärft, nicht zuletzt auch wegen der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine, die auch in der Region des Indischen Ozean zu spüren sind, mit katastrophalen Folgen vor allem für die schwächeren Bevölkerungsschichten.

(PA-EG) (Fides 11/5/2022)

Sudan: Christliches Paar nach Konversion zum Christentum wegen "Ehebruchs" angeklagt

International Christian Concern - Einem jungen christlichen Paar im Sudan, das zwei gemeinsame Kinder hat, drohen 100 Peitschenhiebe wegen "Ehebruchs", nachdem ein Scharia-Gericht (islamisches Recht) ihre Ehe annulliert hatte, weil der Ehemann zum Christentum konvertiert war.

Das Paar, der 34-jährige Hamouda und die 25-jährige Nada aus dem Bundesstaat AL Jazirah, hatten 2016 geheiratet, als beide noch Muslime waren. Im Jahr 2018, nachdem sie zwei Jahre verheiratet waren, konvertierte Kafi zum Christentum, und das Paar sah sich heftigen Repressalien aus seiner Gemeinschaft ausgesetzt.

Die Familie von Nada, Hamoudas Frau, reichte bei einem Scharia-Gericht Klage ein. Die Ehe der beiden wurde vom Gericht aufgelöst, da Apostasie noch zu der Zeit ein Verbrechen war, das mit dem Tod bestraft wurde.

Im Jahr 2021 konvertierte auch Nada zum Christentum und kehrte mit ihren beiden Kindern zu ihrem Mann zurück, da der Sudan ein Jahr nach dem Ende des islamistischen Regimes von Präsident Omar al-Bashir die Apostasie entkriminalisiert hatte. Beide sind Mitglieder einer Baptistengemeinde.

Der Übertritt zum Christentum ist jedoch in der muslimischen Gemeinschaft des Sudan nach wie vor nicht gesellschaftsfähig.

Nadas Bruder beschuldigte das Paar gemäß Artikel 146 des sudanesischen Strafrechts von 1991 des Ehebruchs, nachdem das Scharia-Gericht ihre Ehe für ungültig erklärt hatte, was im August letzten Jahres zur Verhaftung des Paares führte.

Obwohl das Paar vier Tage später auf Kaution freigelassen wurde, blieb die Anklage bestehen.

"Das Gericht hat das Paar verhört, nachdem zwei Zeugen ausgesagt hatten, dass die Ehe des Paares illegal ist. Daher werden sie des Ehebruchs beschuldigt", wurde ihr Anwalt zitiert.

Im Falle des Ehebruchs durch eine unverheiratete Person sieht Artikel 146 eine Strafe in Form von Auspeitschung und Ausweisung aus dem Gebiet vor. Ist der Verurteilte verheiratet, wird Ehebruch nach Artikel 146 mit dem Tod durch Steinigung bestraft.

Nachdem der Sudan regelmäßig zu den schlimmsten Ländern der Welt gezählt wurde, wenn es um Christenverfolgung geht, wurde er im Dezember 2019 von der Liste der "besonders besorgniserregenden Länder" des US-Außenministeriums gestrichen. Die "CPC"-Liste (countries of particular concern) bezeichnet Staaten, die unerhörte Verstöße gegen die Religionsfreiheit tolerieren oder begehen.

Die Fortschritte bei der Religionsfreiheit im Sudan hielten jedoch nur zwei Jahre lang an, bis es im vergangenen Oktober zu einem Militärputsch kam.

Der Staatsstreich ließ die Angst vor Unterdrückung und einer harten Umsetzung des islamischen Rechts wieder aufleben, da der islamistische "tiefe Staat", der seine Wurzeln in der 30-jährigen Regierungszeit des ehemaligen Präsidenten al-Bashir hat, weiterhin einflussreich ist.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Syrien: Menschenrechtler warnen vor weiterer Islamisierung

Gesellschaft für bedrohte Völker: Kurden, Christen und Jesiden werden verdrängt

Göttingen (IDEA) – Vor einer weiteren Islamisierung der von ethnischen und religiösen Minderheiten besiedelten Gebiete in Nordsyrien hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (Göttingen) gewarnt. Nach ihren Angaben sind von dort seit dem Beginn des syrischen Bürgerkrieges etwa 1,5 Millionen Menschen vertrieben worden. Völkerrechtswidrige Angriffe des NATO-Mitglieds Türkei hätten vor allem die kurdische Bevölkerung aus Afrin, Sare Kaniye (Ras al-Ain) und anderen nordsyrischen Regionen verdrängt. Nun wolle der türkische Machthaber Recep Tayyip Erdogan „eine Million Fremde in den Häusern, Dörfern und Städten der vertriebenen Menschen ansiedeln“, erklärte der Nahostexperte der Menschenrechtsorganisation, Kamal Sido. Das werde die ethnische und religiöse Vielfalt in Nordsyrien für immer vernichten. Es bedeute eine weitere Islamisierung der Region. Denn in diesen Gebieten unter türkischer Herrschaft regierten bereits jetzt „radikal-islamistische Milizen, die ethnischen und religiösen Minderheiten gegenüber äußerst feindselig eingestellt sind“, so Sido. Wenn Erdogan die Siedlungspläne umsetze, würden neben kurdischen auch christliche, jesidische und alevitische Minderheiten aus ihren traditionellen Siedlungsgebieten verdrängt. Um diese Pläne durchzusetzen, werbe Erdogan vor allem in den Golfstaaten um Geld. „Insbesondere das autoritär geführte Emirat Katar, das durch Gasgeschäfte stark vom Ukraine-Krieg profitieren wird, hat sich zur Unterstützung bereit erklärt“, so Sido. Damit finanzierten letztlich auch deutsche Haushalte „die völkerrechtswidrigen Siedlungspläne der Türkei“. Nach Angaben der Gesellschaft für bedrohte Völker gehören die Türkei und Katar zu den wichtigsten Förderern des radikalen Islam weltweit. Sie unterstützten islamistische Organisationen und Milizen wie die Taliban, die Hamas und die internationale Muslimbruderschaft.

Ukraine: Bitte um Einheit zwischen russischen und ukrainischen Christen

(Licht im Osten) mit der Bitte um Gebetsunterstützung

Wir danken Gott dafür

- dass unsere Gebete erhört und alle Zivilisten aus dem Stahlwerk bei Mariupol evakuiert worden sind.
- dass unsere Missionare, Partner und Helfer bis jetzt bewahrt geblieben sind auf den gefährlichen Hilfsgütertransport- und Evakuierungs-Fahrten.
- dass alle unsere Hilfsgüterlieferungen bis jetzt sicher angekommen sind.
- für jedes Lebensmittelpaket, das bis jetzt gespendet worden ist.
- dass sich die Versorgung mit Medikamenten und medizinischen Hilfsgütern in der Ukraine dank dem Zusammenwirken vieler Kräfte wesentlich verbessert hat.

Bitte beten Sie

- dafür, dass wir weiterhin Lebensmittelpakete in die Ukraine bringen können, um den Hunger von Menschen in besetzten Städten zu stillen.
- dass unser Partner in der Ukraine Sprit bekommt. Es gibt kaum noch welchen zu kaufen. Ein Mitarbeiter hat vor kurzem über 30 Tankstellen in Kiew und Umgebung abgefahren und nirgendwo mehr etwas bekommen können. Aber ohne Sprit ist der weitere Transport von Hilfsgütern innerhalb der Ukraine sowie die Evakuierung von Personen aus belagerten Städten nicht mehr möglich.
- um Versorgung der Menschen in den belagerten Orten.
- weiterhin um Bewahrung für unsere Missionare und ehrenamtlichen Mitarbeiter.
- dass noch viele Menschen in der Ukraine sowie ukrainische Flüchtlinge bei uns und in anderen Ländern zum lebendigen Glauben an Christus erweckt werden.
- um Weisheit für die ukrainische Regierung, für unsere deutschen Regierungsverantwortlichen und für andere Regierungen in Ihren Entscheidungen, die mit dem Krieg zusammenhängen.
- dass unser Gott sich des Schicksals des ukrainischen Volkes annimmt.
- um Einheit zwischen russischen und ukrainischen Christen.

Ukraine: Deutsche protestantische Minderheit vertrieben

In Mariupol wurde das Deutsche Begegnungszentrum zerstört

Kiew/Mariupol (IDEA) – Durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine wird die großteils protestantische deutsche Minderheit aus dem Land vertrieben. Darauf hat der Verband Internationale Medienhilfe (IMH) hingewiesen. Er ist ein Zusammenschluss deutschsprachiger Medien im Ausland. Anlass ist die Zerstörung des regionalen Begegnungszentrums der deutschen Minderheit in der umkämpften Hafenstadt Mariupol. Es sei nach mehrmaligem Granatenbeschuss in den vergangenen Tagen schließlich ausgebrannt, berichtete der Verband. Das Zentrum war vor dem Krieg mit Fördergeldern aus Deutschland renoviert worden. Es bot Kulturveranstaltungen und Sprachkurse an. Zahlreiche Ukrainedeutsche seien seit Kriegsbeginn aus der Küstenregion geflohen, viele von ihnen nach Deutschland. Da die meisten von ihnen vermutlich nicht zurückkehren würden, werde die deutschsprachige Minderheit in der Ukraine durch den Krieg praktisch ausgelöscht.

Lange Tradition deutscher Lutheraner und Mennoniten

Bei der letzten Volkszählung in der Ukraine hätten sich rund 30.000 Menschen zu ihren deutschen Wurzeln bekannt, erklärte IMH-Leiter Björn Akstinat. Man könne davon ausgehen, dass mindestens doppelt so viele Bürger deutsche Vorfahren hätten, denn häufig hätten die Menschen noch immer Hemmungen, ihre Abstammung den Behörden offen zu nennen. Der Grund sei, dass Deutschstämmige in kommunistischen Zeiten verfolgt, gefoltert und vertrieben wurden. Akstinat nannte das Verschwinden der deutschen Minderheit tragisch, weil die Deutschen seit Jahrhunderten in der Region siedelten und stark zu ihrer Fortentwicklung beigetragen hätten. Noch vor rund 100 Jahren habe es im Gebiet der heutigen Ukraine weit über eine halbe Million deutschstämmiger Einwohner gegeben, die in mehr als 2.000 deutschen Siedlungen lebten und vor allem evangelisch-lutherischen oder mennonitischen Gemeinden angehörten. Bis vor wenigen Jahren seien in Kiew und auf der Krim deutschsprachige Zeitungen erschienen. Vor dem Krieg seien in mehr als 60 ukrainischen Städten und Dörfern deutsche Begegnungs- und Kulturzentren aktiv gewesen.

USA: Brandanschlag auf Lebensrechtsorganisation

In mehreren Staaten kam es zu Übergriffen auf Kirchen und Lebensrechtler

Madison (IDEA) – Auf den Sitz der Lebensrechtsorganisation „Wisconsin Family Action“ in Madison (US-Bundesstaat Wisconsin) wurde am 8. Mai ein Brandanschlag verübt. Die bisher noch unbekanntes Täter hinterließen zudem an der Außenwand des Gebäudes die Drohung „Wenn Abtreibungen nicht sicher sind, seid ihr es auch nicht“. Der Verein ließ auf Twitter dazu verlauten: „Wenn der Angriff darauf abzielte, uns Angst einzujagen, haben die Angreifer versagt. Im Gegenteil, dieser Angriff bestärkt uns nur in unserer Entschlossenheit, weiterzumachen und zurückzuschlagen. Wir stehen für die Freiheit und für das Leben, und wir werden nicht aufgeben.“ In mehreren Bundesstaaten kam es darüber hinaus in den vergangenen Tagen zu Übergriffen auf Lebensrechtler und christliche Kirchen. Außerdem fanden Demonstrationen vor den Privathäusern der konservativen Bundesrichter Brett Kavanaugh und John Roberts statt, nachdem am 2. Mai ein Urteilsentwurf an die Öffentlichkeit gelangt war, aus dem hervorgeht, Oberster Gerichtshof in den USA (Supreme Court) das abtreibungsfreundliche Grundsatzurteil „Roe v. Wade“ aus dem Jahr 1973 ablösen will. In dem von dem konservativen Richter Samuel Alito verfassten Entwurf wird die Grundsatzentscheidung, die das Recht auf Abtreibung festschrieb, als „von Anfang an ungeheuerlich falsch“ bezeichnet. Laut Medienberichten verurteilte US-Präsident Joe Biden den Anschlag und die Drohungen gegen die beiden Richter. Bidens Pressesprecherin Jen Psaki teilte dazu auf Twitter mit, dass der Präsident das Recht, die eigene Meinung zum Ausdruck zu bringen, achte. Das müsse jedoch friedlich und ohne Gewalt oder Vandalismus geschehen. „Richter üben eine unglaublich wichtige Funktion in unserer Gesellschaft aus, und sie müssen in der Lage sein, ihre Arbeit ohne Sorge um ihre persönliche Sicherheit zu verrichten.“

Usbekistan: Religionsgemeinschaften müssen Überwachungskameras selbst bezahlen

AKREF-A/F18/09.05.22 - Seit 2018 müssen islamische Gemeinschaften die vom Regime kontrollierten Überwachungskameras innerhalb und außerhalb der Moscheen selbst bezahlen. Anfang 2022 ordnete das Innenministerium an, dass auch die nicht muslimischen Gemeinschaften Überwachungskameras innerhalb und außerhalb ihrer Gottesdienststätten installieren müssen. Sowohl Muslime als auch Angehörige anderer Religionsgemeinschaften haben gegenüber Forum 18 berichtet, dass einige Personen nicht mehr zu den Gebeten oder Gottesdiensten kommen, weil sie fürchten, identifiziert zu werden und danach staatlichen Repressionen ausgesetzt zu sein. Muslime erklärten gegenüber Forum 18: „Die Polizei beobachtet uns so, als würden wir uns in ihren Handflächen befinden. Das ist beunruhigend, denn wir sind uns dessen bewusst, dass wir beobachtet werden, während wir beten oder vor oder nach den Gebeten miteinander sprechen“ und fügten hinzu „Wir wollen uns auf unsere Zusammenkünfte konzentrieren und keine Angst haben.“

Ein Mitglied einer anderen Religionsgemeinschaft erklärte gegenüber Forum 18: „Die Polizei kann sehen, wer die Gebete leitet, wer predigt, wer bei unseren Gottesdiensten anwesend ist, ob unter 18-jährige und ihre Eltern darunter sind“. Das würde die Gemeinschaft sehr verwundbar machen, da die Polizei alle diese Personen identifizieren und nach Wunsch bestrafen könne.

Die im Rat der Baptistengemeinden organisierten Gemeinden, die ihre Religionsfreiheit prinzipiell ausüben, ohne eine staatliche Registrierung anzustreben, wurden nicht angewiesen, Überwachungskameras zu installieren. Jedoch werden von den Behörden Überwachungskameras entweder mit Blick direkt auf die Türen ihrer Gebäude montiert oder können ferngesteuert bewegt werden, um die Umgebung von Gebäuden zu überwachen, in denen Gottesdienste stattfinden. Generell sind keine Aufforderungen an staatlich nicht registrierte Gemeinschaften ergangen, da diese offiziell nicht existieren. Allerdings ist jede Betätigung solcher Gemeinschaften generell illegal.

Quelle: Forum 18, Oslo (Meldung vom 3. Mai 2022)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

Vietnam: Lebensschutz - Schwangerschaft ein Geschenk Gottes

Katholische Kirche will Gesellschaft sensibilisieren

Hanoi (Fides) - "Abtreibung ist Mord, sie ist eine schwere Sünde und eine 'Beleidigung Gottes'. Jeden Tag wird vielen Kindern das Recht auf Leben, das Recht, sich als Mensch zu entwickeln, vorenthalten", so Pfarrer Francis Nguyen Kim Phung bei einem Trauergottesdienst in der Kirche von Thai Ha in der Erzdiözese Hanoi, in dessen Rahmen Kindern gedacht wurde, die von ihren Müttern abgetrieben wurden: "Vor allem wir Katholiken müssen uns bewusst sein, dass eine Schwangerschaft ein Geschenk Gottes ist", sagte er. Nach der Messe wurden die sterblichen Überreste der ungeborenen Kinder von Mitgliedern der "Lebensschutzgruppe" auf dem Pfarrfriedhof der Kirche beigesetzt.

Auch in der Kirche von Thai Ha zelebrierte Pfarrer Joseph Nguyen Van Huu zelebriert, einen solchen Trauergottesdienst für Kinder, denen das Recht auf Leben verweigert wurde. In seiner Predigt sagte Pfarrer Joseph: "Viele Menschen sind sich nicht bewusst, dass der Embryo bereits ein menschliches Wesen ist, und treiben deshalb zu leicht ab".

In vielen anderen Kirchengemeinden Vietnams gibt es Gruppen von Freiwilligen, die in aller Stille Föten aus Krankenhäusern abholen und für sie Trauergottesdienste feiern, damit sie ein würdiges Begräbnis erhalten. Die "Lebensschutzgruppe" der Diözese Xuan Loc hat bereits rund 700 ungeborene Kinder unabhängig von ihrer Religion begraben. Die Gläubigen beten dort auf dem "Friedhof der ungeborenen Kinder". Pfarrer Joseph Nguyen Van Tich, der geistliche Begleiter der Lebensschutzgruppe der Diözese Xuan Loc, hatte die Idee zu einem besonderen Friedhof, auf dem ungeborene Kinder in Frieden ruhen sollen und auf dem die Gläubigen beten und Gott um Vergebung für Abtreibungen bitten können. Seit sieben Jahren sammelt der Priester zusammen mit Mitgliedern der Gruppe die Leichen unschuldiger Kinder ein und bittet in Krankenhäusern und Kliniken um die Möglichkeit der Beisetzung der Föten. Gegenüber Ärzten und Krankenschwestern betont er dabei: "Ich bin ein katholischer Priester, ich glaube, dass Föten menschliche Wesen sind; ich verurteile, verurteile oder beschuldige niemanden".

Bis heute beherbergt der Friedhof für ungeborene Kinder mehr als 53.000 Kinderleichen. Diese Arbeit wurde vor kurzem auch von der bekannten vietnamesischen Zeitung "Thanh Nien" aus Ho-Chi-Minh-Stadt, der auflagenstärksten Zeitung des Landes, gewürdigt, die den katholischen Priester als "Vater der ungeborenen Kinder" bezeichnete und ihm eine Ehrenmedaille verlieh. Bei der Entgegennahme des Preises sagte Pater Joseph Nguyen Van Tich: "Es ist ein Werk, das nur zur Ehre Gottes dient".

Bei den Frauen, die sich in Vietnam für eine Abtreibung entscheiden, handelt es sich oft um junge Mütter, die oft in ihrer Ehe missbraucht wurden. In den letzten Wochen hat die "Lebensschutzgruppe" der Thai-Ha-Kirche einen öffentlichen Marsch organisiert, um für den Schutz des Lebens zu werben und das Bewusstsein der Menschen, insbesondere der jungen Frauen, zu schärfen. Die Mitglieder der Gruppe stellen fest, dass dank der öffentlichen Kundgebung "das Bewusstsein für die Tatsache, dass Abtreibung ein Übel ist, deutlich zunimmt" und dass "der Schutz des Lebens in der Verantwortung aller Menschen in der Gesellschaft liegt".

Um jungen Frauen konkret zu helfen, nicht abzutreiben, sammelt die Gruppe Gelder, um schwangeren Müttern, die oft finanzielle Schwierigkeiten haben, materielle, psychologische und geistige Unterstützung zu geben. Jüngsten Statistiken zufolge werden in Vietnam jedes Jahr etwa 300.000 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen, vorwiegend von unverheirateten Mädchen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren.

(AD-PA) (Fides 9/5/2022)

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]